



öffentlich

Betreff:

Wechsel städtischer Bediensteter in die private Wirtschaft

Einreicher: Fraktionen Potsdamer Demokraten und Die Andere

Erstellungsdatum 07.08.2012

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf geeignete Weise dafür Sorge zu treffen, dass städtische Bedienstete erst zwei Jahre nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeits-, Angestellten- oder Beamtenverhältnis bei der LHP zu einem Arbeitgeber wechseln, der Empfänger kommunaler Zuwendungen aus dem Geschäftsbereich war, dem der/die Bedienstete angehörte.

Das Verbot soll auch für Fälle gelten, in denen der/die städtische Bedienstete gegen Entgelt Leistungen für einen vorgenannten Arbeitgeber erbringt, ohne in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordneten im Januar 2013 über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren.

Peter Schultheiß
Vorsitzender
der Fraktion Potsdamer Demokraten

Christine Anlauff
Vorsitzende
der Fraktion Die Andere

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Wechsel des Leiters des Jugendamtes zu einem Träger der Jugendhilfe, der bisher in nicht unerheblichem Maße auch aus dem Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Zuwendungen von der LHP erhalten hat, ist sowohl für den neuen Arbeitgeber als auch für den Bediensteten selbst nicht unproblematisch. Das gilt umso mehr, als in den vergangenen Monaten intensive Verhandlungen zwischen der LHP (Maßgeblich geführt vom Jugendamtsleiter Schweers) und den Trägern über die vertraglichen Rahmenbedingungen und die Höhe der Leistungsentgelte und Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten stattfanden und noch stattfinden.

Der Wechsel eines ehemaligen Kommissars der EU¹, eines früheren Bundeskanzlers², von Ministerpräsidenten einzelner Bundesländer³ sowie hochrangigen Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten zu Unternehmen, die während der Amtszeit der Wechsler Empfänger von Aufträgen oder Begünstigte von Gesetzesänderungen waren, ist immer in der Öffentlichkeit Objekt kritischer Nachfragen der Presse gewesen und hat deutliche Kratzer am Bild der Staatsdiener, aber auch am Ansehen der jeweiligen Unternehmen hinterlassen.

¹ Bangemann zu Telefonica

² Gerhard Schröder zu Gasprom

³ z.B. Koch zu Hochtief